

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Druckanstalt  
Tagesblatt Rieser  
Fersnerstr. 20,  
Wolfsach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großgörs, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamtes Rieser und des Hauptpostamtes Welschen bestellungsrechtlich bestimmte Blatt.

Postfachkonto  
Rieser 1884  
Stroßacker  
Rieser Nr. 22.

Nr. 85.

Mittwoch, 11. Februar 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintrags von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 10 mm breite, 1 mm hohe Grundzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Plakatzeile 100 Gold-Pfennige; je nach Umfang und besonderer Anordnungen zu abhellen. Feste Preise für Anzeigen mit Bildmaterial, wenn der Auftraggeber, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Seebühnenstr. 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Nüßmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

## Die Rechtsopposition verläßt den Reichstag.

### Ausscheiden der Nationalsozialisten aus Präsidium und Vorstand des Reichstags.

Abg. Berlin, 10. Februar 1931.

Am Regierungstisch: Reichskanzler Brüning und Außenminister Dr. Curtius.

Reichstagspräsident Brüning eröffnet die Sitzung um 8 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amtes

und zwar nur das Kapitel über das Ministergehalt, da der Haushalt des Auswärtigen Amtes selbst noch nicht beraten ist. Verbunden mit der Beratung sind ein deutschnationaler Mißtrauensantrag gegen den Außenminister und zahlreiche außenpolitische Anträge und Interpellationen der Parteien. Der Auswärtige Ausschuss beantragt die auf Revision des Young-Planes gerichteten Anträge abzulehnen. Dagegen empfiehlt er einen Antrag auf Fortsetzung einer Denkschrift über die bisherigen deutschen Reparationsleistungen. Die Deutschnationalen und Nationalsozialisten verlangen die Schaffung eines ausreichenden Grenzschutzes gegen politische Übergriffe, sowie Maßnahmen zur Rückgabe der gestohlenen Ostmarken. Zahlreiche Interpellationen der Oppositionsparteien beschäftigen sich mit der Währungsreform.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verläßt Abg. Brüning (Nat.-Soz.), während sich die Nationalsozialisten von den Plätzen erheben, eine längere Erklärung, die mit dem Hinweis beginnt, daß 3 1/2 Millionen Deutsche am 14. September gegen den Tributwahn und die damit verbundene Vereinfachung Einspruch erhoben haben. Dieser Einspruch und die damit verbundene Vereinfachung der Reparationsleistungen hat die Nationalsozialistische Opposition aber von der Übernahme der Last ausschließen. Ohne zwingende Not habe das Kabinett den Artikel 48 in Anwendung gebracht. Künftig hätten die Tributzahlungen auch eine verfassungswidrige Änderung der Geschäftsordnung zur Vergewaltigung der Opposition durchgesetzt. Die Nationalsozialisten erklärten ferner, daß alle Beschlüsse des Reichstags nach dieser verfassungswidrigen Änderung der Geschäftsordnung gegen die Verfassung verstoßen und deshalb der Gesetzgebung entzogen (wären bei den Regierungsparteien.) Dieses Parlament habe das Recht verweigert, im Namen des deutschen Volkes zu reden. Das Volk bilde die Freiheitstraiten des Nationalsozialismus und wolle, daß dem Tributwahn ein Ende gemacht werde. Die Nationalsozialisten würden den Tributwahn, dieses Haus der organisierten Verfassungswidrigkeit (Präsident Brüning hat dem Redner einen Ordnungsruf) verlassen. Sie appellierten an den Reichstagspräsidenten, den Reichstag aufzulösen. Den arbeitenden Massen rufe ich zu, nicht zu verzweifeln. Arbeit mit uns! Eine kommende Regierung der nationalen Arbeit wird über diesen Verfassungswidrigkeit zur Tagesordnung übergehen. Wir verlassen das Young-Parlament und werden dieses Haus erst wieder betreten, wenn sich etwa die Möglichkeit bietet, eine besonders schnelle Währungsreform gegen die Widerheit abzuwehren. (Stürm. Beifall bei den Nationalsozialisten), die ein dreifaches Heil auf Hitler ausbringen und dann, unter höflichen Zerkeln der Kommunisten und Sozialdemokraten geschlossen den Saal verlassen.

Abg. von Freitagsh-Vorringshoven (Dnat.) gibt namens seiner Fraktion eine längere Erklärung ab, in der sie die Vergewaltigung der Widerheit durch die parlamentarische Mehrheit protestiert und erklärt wird, daß die Deutschnationalen auf eine weitere Mitarbeit mit dieser Mehrheit verzichten. Die Deutschnationalen würden alles tun, was notwendig ist, die Macht der Mehrheit zu brechen.

Die weiteren Ausführungen des Redners die sich scharf gegen das bestehende System richteten, werden durch stürmische Pfau- und Handklänge unverständlich; Reichstagspräsident Brüning ohne Erfolg die Ruhe wieder hergestellt.

Der Redner verläßt schließlich, ohne seine Ausführungen beenden zu können, unter dem Beifallsklatschen der Deutschnationalen die Rednertribüne, worauf die deutschnationalen Fraktion geschlossen den Sitzungssaal verläßt.

Abg. Dr. Wendhausen (Landvolk) schließt sich den Ausführungen der Vorredner an. Unter stürmischen „Hau-Hau“-Rufen bei den Regierungsparteien verläßt dann auch ein Teil der Landvolksfraktion den Saal.

Abg. Stöcker (Komm.) betont, daß die Kommunisten trotz aller Vergewaltigung nicht davon dächten, dieses Komödienstück der Rechten mitzumachen. Die Volkswirtschaften würden bis zum letzten Augenblick an den von ihnen für richtig gehaltenen Stellen kämpfen. Sie würden diese Tribüne bis zum letzten Augenblick zum Kampf für den Kampf dieses Systems und für ein Sowjetdeutschland andeuten.

### Stimmungsbild aus dem Reichstag.

Abg. Berlin, 10. Februar 1931.

Die heutige Sitzung, in der die große außenpolitische Auseinandersetzung zwischen der Rechten und dem Außenminister erwartet wurde, begann mit einer Sensation, die nicht nur den Verlauf dieser Sitzung, sondern auch den Verlauf

des Verlauf der parlamentarischen Arbeit überhaupt einschließend geschärfert hat.

Der nationalsozialistische Fraktionsführer Brüning gab eine Kriegserklärung gegen den Reichstag ab, deren Bedeutung die Nationalsozialisten dadurch scharf zu kennzeichnen suchten, daß sie sich von den Plätzen erhoben und während ihrem Führer jubelten. Brüning erklärte, mit den Beschlüssen der letzten Sitzung zur Geschäftsordnung und zur Immunitätsfrage habe der Reichstag die Verfassung verletzt. Die Nationalsozialisten würden sich aus diesem Young-Reichstag entfernen und den Kampf für ihre Ziele außerhalb des Parlaments im Volk weiterführen. Sie behielten sich allerdings vor, dann in den Reichstag zurückzukehren, wenn es gelte, „besonders tätliche Angriffe“ des Parlaments gegen das Volk abzuwehren. Aus dieser Kampfansage, die von der Mehrheit mit ironischem Beifall begrüßt wurde, haben die Nationalsozialisten jedoch die Konsequenz gezogen, daß sie ihre Vertreter im Reichstagspräsidium und ihre Ausschüsse zurückgegeben haben. Es muß also auch für den anschließenden Vizepräsidenten Brüning ein Wahlakt vorgenommen werden.

Als die Nationalsozialisten mit Heilrufen den Saal verlassen hatten, gab für die Deutschnationalen der Abg. von Freitagsh-Vorringshoven eine scharf gehaltene Kriegserklärung ab. Die Deutschnationalen wollen zwar nicht wie die Nationalsozialisten den Reichstagspräsidenten dementieren, aber sie machen die außenpolitische Kampfsprache nicht mit. Dem Auszug der beiden Fraktionen schloß sich mit drei Gefinnungsgenossen noch der Landvolksabgeordnete Dr. Wendhausen an.

Für die Kommunisten erklärte der Abg. Stöcker, daß sie das „Komödienstück“ der Rechten nicht mitmachen, sondern innerhalb des Reichstages ihren Kampf gegen das heutige System fortsetzen würden.

Reichsaussenminister Dr. Curtius hielt keine große außenpolitische Rede, aber die wir bereits gekannt haben. Er hat, nunmehr vor einem Auditorium, das zwar durch die Entlassung des rechten Flügels kleiner als sonst, aber aus demselben Grunde auch viel ruhiger als sonst war. Sein Bericht über die deutsche Verhandlungslage, über die gesamte politische Situation und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten für eine am ehrlichen Verhandlungswillen festhaltende tatkräftige deutsche Außenpolitik wurden wiederholt durch Zustimmungskundgebungen unterbrochen und fanden am Schluß lebhaften Beifall.

Annahme wurde dem Minister dann auch von den drei Rednern gepollt, die heute zum Wort kamen, es waren die Abg. Stämpfer (Soz.), Dr. Kaas (Str.) und Damsch (D.V.). Scharfer noch, als es der Minister in seiner exponierten Stellung tun konnte, betonten diese innerpolitisch so scharf getrennten Parteimitglieder das einheitliche Verhalten des deutschen Volkes nach endlicher Erfüllung der Verpflichtungen, die unsere Berliner Vertragspartner in der Währungsfrage, in den Fragen der Währungsreform und auch für eine ertägliche Währungsreform übernommen haben.

Die Aussprache, die sich bisher in selten ruhiger und sachlicher Form abwickelte, soll am Mittwoch, 3 Uhr, fortgesetzt werden.

### Zur Lage.

Abg. Berlin. Die Frage, die die nationalsozialistische Fraktion am Dienstag dem Reichstag gestellt hat, wird auch auf die Zusammenfassung des Reichstagspräsidiums und der Ausschüsse ihre Wirkung ausüben. Da der Abgeordnete Brüning sein Amt als Vizepräsident niedergelegt hat, muß in nächster Zeit eine Neuwahl erfolgen. Weiter haben die Nationalsozialisten alle Vertreter im Reichstagspräsidium niedergelegt und auch ihre Sitze in den Ausschüssen aufgegeben. Dagegen wollen diejenigen nationalsozialistischen Abgeordneten, die Vorsitzende von Ausschüssen sind, ihre Ämter im Einvernehmen mit der Fraktion behalten. Der Zweck dieses Vorgehens ist, wie das Nachrichtenbüro des V.D.G. erklärt, die Arbeit dieser Ausschüsse lahmzulegen, da nur die Vorsitzenden das Recht zur Einberufung der Ausschüsse haben. Die nationalsozialistischen Vorsitzenden werden von diesem Recht künftig keinen Gebrauch machen. Von den Reichstagsausschüssen haben der Liebermann-Ausschuss, der Auswärtige Ausschuss, der Rechtsausschuss und der Wohnungsausschuss nationalsozialistische Vorsitzende. Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion hat nicht nur den Sitzungssaal, sondern auch das Reichstagsgebäude überhaupt verlassen. Sie will auch in Zukunft das Reichstagsgebäude meiden. Dem Reichstag soll ein Antrag übermittelt werden, wonach die verlassenden Plätze der nationalsozialistischen Abgeordneten den Arbeitlosen zur Verfügung gestellt werden sollen.

Auch bei den Deutschnationalen wird sich die Protestaktion nicht auf das Fernbleiben von der außenpolitischen Aussprache beschränken. Wenn die Deutschnationalen auch nicht grundsätzlich allen Reichstagsberatungen fernbleiben wollen, so beabsichtigen sie doch, von Fall zu Fall weitere Maßnahmen zu beschließen, um die Arbeit der Mehrheit zu

erschweren oder unmöglich zu machen, so wird damit gerechnet, daß die Fraktion aus einer Reihe von Ausschüssen ihre Mitglieder zurückzieht. Es würde sich hier besonders um die Ausschüsse handeln, in denen Kulturfragen behandelt werden. Auch der Strafrechtsausschuss würde zu diesen Ausschüssen zu zählen sein. Man hofft, auf diese Weise anderen Parteien Schwierigkeiten bereiten zu können. Für Donnerstag hat die deutschnationalen Reichstagsfraktion nach der Wahlergebnisse eine öffentliche Protestkundgebung gegen das Vorgehen der Reichstagsmehrheit einberufen. Als Redner sind vorgesehen der Abgeordnete v. Freitagsh-Vorringshoven, der Reichstagspräsident v. Freitagsh-Vorringshoven, der Reichstagspräsident Dr. Oberhöfer und die Abg. Saberszky, Frau Schwann und v. Udenburg-Jonaukau.

Der Schritt der Opposition kam dem Reichstag völlig überraschend, denn auch die Nationalsozialisten in den letzten Tagen wiederholt die Möglichkeit eines solchen Vorgehens durchdachten. Auch die rechtsstehenden Journalisten verließen die Reichstagstribüne und wollen die Rede des Außenministers in ihren Blättern kommentieren. Eine Rückkehr der Nationalsozialisten in den Reichstag wird vorläufig kaum zu erwarten sein. Aus der im Reichstag abgegebenen Erklärung geht klar hervor, daß sie sich auf ein längeres Fernbleiben eingerichtet haben. Sie wollen nur gelegentlich erscheinen, wenn es gilt, einen besonders tätlichen Angriff auf das deutsche Volk abzuwehren.

### Reichstag ohne Opposition.

Berlin. (Funkdruck.) Von der nat.-soz. Fraktion ist heute Mittwoch nur der Abg. Brüning im Reichstag erschienen. Er wird sonntags als Verbindungsmann die Geschäfte der Fraktion weiterführen. In den Ausschüssen hingegen sind heute vormittag außer den Nationalsozialisten auch die Deutschnationalen nicht erschienen. Außer dem Haushaltsausschuss tagte der Strafrechtsausschuss und der sozialpol. Ausschuss. In den Mittagsstunden wird der Wohnungsausschuss zusammengetreten. Die deutschnationalen Reichstagsfraktion hatte für 12 Uhr eine Fraktionsversammlung einberufen. Um 11 Uhr hat eine Sitzung des Reichstages begonnen, auf deren Tagesordnung nur interne Fragen gestellt worden sind; man darf aber annehmen, daß darüber hinaus auch bereits eine Stellungnahme zu der durch die Abkehr der Reichsopposition geschaffenen Lage erfolgen wird.

Am Vormittag hat ferner im Reichstag eine Tagung der Parteileitung des Landvolks stattgefunden, die sich auch mit den in den letzten Tagen besonders scharf hervorgetretenen Differenzen zwischen gemäßigtem und radikalem Flügel in der Landvolksfraktion beschäftigte. Der Parteiführer Dr. Gesele, der seit einigen Tagen erkrankt ist, ist an der heutigen Sitzung der Parteileitung erschienen.

Die Plenarsitzung des Reichstages begann wieder um 8 Uhr — Die außenpolitische Aussprache soll heute möglichst abgeschlossen werden.

### Weltkennrat des Reichstages.

Berlin. (Funkdruck.) Der Weltkennrat des Reichstages hielt heute Mittwoch mittag eine Sitzung ab, in der zu der durch die Abkehr der Opposition geschaffenen Lage Stellung genommen wurde. Es wurde beschlossen, am Donnerstag die Neuwahl eines Vizepräsidenten und zweier Schriftführer vorzunehmen, deren Voten durch die Amtsniederlegung der Nationalsozialisten frei geworden sind. Die in den Ausschüssen frei gewordenen Ämter werden von den bereits vorhandenen Stellvertretern übernommen. Die Einberufung der Ausschüsse, die bisher nat.-soz. Vorsitzende hatten, erfolgt in Zukunft durch die stellvertretenden Vorsitzenden, die diese Befugnisse auch schon bisher im Falle der Verhinderung des Vorsitzenden hatten.

In der heutigen Sitzung des Reichstages soll die außenpolitische Aussprache abgeschlossen werden. Auch die Bestimmungen sollen heute noch stattfinden. Am Donnerstag beginnt die Beratung des Haushalts des Wirtschaftsministeriums. Deutschnationalen und Nationalsozialisten nahmen auch an der Sitzung des Vizepräsidenten nicht teil.

Berlin. (Funkdruck.) Die kommunistische Reichstagsfraktion hat jetzt gleichfalls einen Mißtrauensantrag gegen den Außenminister Dr. Curtius eingebracht. Entsprechend der neuen Formel lautet der Antrag:

Der Reichstag entzieht dem Reichsminister des Auswärtigen Dr. Curtius das Vertrauen.  
Die deutschnationalen Reichstagsfraktion hielt heute Mittwoch eine Sitzung ab, in der das weitere Verhalten der Fraktion im Reichstag erörtert wurde. Die Fraktion beschloß, bis auf weiteres an den Arbeiten des Reichstages und seiner Ausschüsse sich nicht zu beteiligen.